

Anlage

Liebe Leser\*innen,

leider sind die Antworten der CDU/CSU erst nach dem Redaktionsschluss eingetroffen, daher konnten wir sie nicht mehr in der Print-Ausgabe berücksichtigen. Wir freuen dennoch sehr, dass sie jetzt da sind und wir sie veröffentlichen können!

Eure Redaktion



**Antworten der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)  
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)  
auf die Fragen von  
Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen  
Rassismus e.V.**

## **1. Wie wollen die Unionsparteien die zivilgesellschaftliche Präventionsarbeit gegen Rassismus und rechts dauerhaft unterstützen?**

### **Antwort:**

CDU und CSU treten jeder Form von Extremismus und Rassismus entschieden entgegen. Der Präventionsarbeit gegen Rassismus und Extremismus jeder Art ist dabei ein besonderer Stellenwert beizumessen. Wir haben den besorgniserregenden Entwicklungen mit der Einsetzung des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus höchste Priorität eingeräumt. Der Ausschuss hat einen umfassenden Maßnahmenkatalog verabschiedet, der restriktive und präventive Schwerpunkte enthält. Der Maßnahmenkatalog berücksichtigt auch die Stellungnahmen der Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, insbesondere der Migrantenorganisationen, der Wissenschaft und der Länder. Dem Deutschen Bundestag sollen künftig regelmäßig Extremismus-Berichte der Bundesregierung vorgelegt werden, die gesamtgesellschaftliche Entwicklungen mit Blick auf Demokratiefeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus ausleuchten. Dies dient auch der Information der Zivilgesellschaft. Die Präventionsprogramme des Bundes gegen Extremismus wollen wir systematisch evaluieren, professionalisieren und standardisieren.

## **2. Welche konkreten Schritte planen die Unionsparteien, um Rassismus zu bekämpfen und Menschen vor rassistischer Diskriminierung und Gewalt zu schützen?**

### **Antwort:**

Dort, wo in unserer Gesellschaft Abschottung und Intoleranz um sich greifen, entsteht der Nährboden für Radikalisierungen. Vorbeugende Maßnahmen müssen daher möglichst früh und im unmittelbaren persönlichen Umfeld ansetzen. Wir wollen mit gezielter Bildungsarbeit darauf hinwirken, dass jede und jeder problematische Entwicklungen im persönlichen Umfeld frühzeitig erkennen und rechtzeitig reagieren kann. Insbesondere Schulen und Vereine wie auch Soziale Netzwerke spielen dabei eine bedeutende Rolle. Soziale Netzwerke in den Fokus zu nehmen, gehört daher zu den zentralen Aufgaben des Verfassungsschutzes, gerade mit Blick auf selbstradikalisierte Einzeltäter. Jede Form einer Schwächung des Verfassungsschutzes lehnen wir daher ab.

Wir werden Extremismus und Rassismus mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen und nicht zulassen, dass unser Land dadurch bedroht wird. Wir wollen gezielt durch intensive Präventionsarbeit in Gefängnissen verhindern, dass sich Menschen dort radikalieren und für Terrororganisationen gewinnen lassen. Wir wollen wieder eine Demokratieklauseleinführen. Empfänger von Fördergeldern müssen sich klar und ausdrücklich zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen.

**3. Millionen Beschäftigte haben in Deutschland aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit kein Wahlrecht. Welche Maßnahmen schlagen die Unionsparteien vor, um die politische Teilhabe aller hier lebenden Menschen zu ermöglichen?**

**Antwort:**

Die politische und soziale Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund ist CDU und CSU ein wichtiges Anliegen. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sollen in allen Bereichen der Gesellschaft teilhaben können und die gleichen Chancen haben. Wir stehen für eine klare Einbürgerungsperspektive für Zuwanderer, die schon über Jahre bei uns leben, arbeiten und gut integriert sind. Wir halten es für wichtig, dass gut integrierte Zuwanderer mit der Einbürgerung alle staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten erhalten. Wir wollen dafür werben, dass sich mehr junge Menschen mit Migrationshintergrund für eine berufliche Laufbahn im öffentlichen Dienst entscheiden. CDU und CSU wollen auch mehr Menschen für ehrenamtliche Tätigkeiten gewinnen, denn politische Teilhabe resultiert oftmals auch daraus, dass Menschen im lokalen Umfeld füreinander Verantwortung übernehmen. Innerhalb von CDU und CSU gibt es Netzwerke, Arbeitskreise und Gremien für integrationspolitische Themen, die sich auch mit Fragen der politischen Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte innerhalb der Partei beschäftigen.